

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3:

### **Aktuelle Stunde „Zur Bildungspolitik“.**

Zunächst hat der Abgeordnete der Fraktion der SPD, der Abgeordnete Eimer, das Wort.

#### **Dr. Eimer für die Fraktion der SPD:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem Wort „de Bildungsmaiziere“ überschreibt die Lehrerzeitung der letzten Woche ihren Leitartikel zur Situation im Bildungswesen. Unübersehbare Probleme im Bildungsbereich sind der Anlaß für diese Aktuelle Stunde.

Der Minister für Bildung und Wissenschaft, der laut Impressum dieser Zeitung Herausgeber ist, hat, wenn es um die Neuordnung des Schulwesens in der DDR ging, die gesetzgeberische Mitarbeit dieses Hohen Hauses in der Regel gemieden. Statt hier Gesetze vorzulegen - es waren, wie wir wissen, drei -, erließ er nicht selten ohne gesetzliche Grundlage Rechtsverordnungen, Richtlinien und Anordnungen. Alle juristischen Experten, die wir befragt haben - und es waren viele -, bezweifeln die Rechtsstaatlichkeit Ihrer so entstandenen Verordnungen, Herr Minister.

Die Wirkung vor Ort ist dementsprechend. Kein Wunder also, daß die von Ihnen herausgegebene Zeitung schreibt - ich zitiere:

„Gegen die derzeitige Rechtslage im Lande ist das Chaos ein geordneter Zustand.“

Die Klagen von Lehrern und Eltern erreichen uns täglich und gewiß auch Sie. Selbst der Ihnen politisch nahestehende Deutsche Lehrerverband hat laut Pressebericht Ihre Versuche zur Demokratisierung der Schulen einen Flop genannt.

An den meisten Schulen sind weiter die alten Direktoren im Amt, weil in dieser kurzen Frist keine echten demokratischen Neuwahlen zur Schulkonferenz stattfinden konnten und Außenbewerber für Direktorenposten, wenn sie so kurzfristig überhaupt gefunden werden konnten, kaum Chancen hatten.

So haben fast überall im Lande die alten Seilschaften gehalten, und es wächst die Angst, daß der „neue“ alte Direktor seine formal demokratisch legitimierte Macht mißbraucht. Das pädagogische Klima an den Schulen leidet, weil die Pädagogen bis heute auf die Erfüllung Ihres Versprechens warten, den Nettogehaltsausgleich zu erhalten. Er wird nun wohl endlich kommen: Aber mußten die Lehrer denn wirklich die Allerletzten sein?

Vor allem aber wächst die Angst, weil bisher niemand die Stellung im Einigungsvertrag finden konnte, wonach die Anstellung der Pädagogen wenigstens bis zum Ende des Schuljahres rechtlich einwandfrei gesichert ist. Für die arbeitsrechtlichen Perspektiven der Pädagogen im Lande hörten wir noch vorige Woche im Ausschuß von Vertretern Ihres Ministeriums mindestens zwei Interpretationsmöglichkeiten: Entweder werden die Lehrer zunächst von den Ländern übernommen, und es gelten erleichterte Kündigungsmöglichkeiten oder, was vom Vertragstext leider nicht ausgeschlossen werden konnte, sie werden ab 3. Oktober oder ab 3. Januar in den Wartestand versetzt und erhalten dann bis zur endgültigen Klärung 70 % ihrer Bezüge.

Sie, Herr Minister, tragen die Verantwortung dafür, daß durch derartige unklare Vertragsformulierungen in unserem Land erhebliche Existenzängste bei den Lehrern entstanden sind.

Auch die sonstigen Ergebnisse des Einigungsvertrages zum Bereich Bildung sind außerordentlich mager. Sie bestätigen im wesentlichen nur das, was in der Bundesrepublik schon bisher für DDR-Übersiedler galt. Zum Beispiel wird das Lehrerexamen für Unterstufenlehrer in westdeutschen Ländern nicht anerkannt, und die übrigen Pädagogen müssen erst noch ein Referendariat und die zweite Staatsprüfung nachholen, wenn sie mit westdeutschen Kollegen gleichgestellt werden wollen.

Obwohl der Fahrplan des Einigungsvertrages seit Anfang Juli feststeht, haben Sie versäumt, der Volkskammer rechtzeitig Gesetzentwürfe für die Neuordnung der Schule, der Hochschule, der Lehrerbildung, der Fachschulen und der Kindertageseinrichtungen einzureichen. Statt dessen haben Sie 5 Minuten nach 12 erst Anfang dieser Woche mit den westdeutschen Ländern einen Kompromiß über neue Rechtsverordnungen vereinbart, Texte, die in ihrer Endfassung kein Abgeordneter der Volkskammer gesehen oder gelesen hat, und dennoch mußten wir diesen Regelungen heute zustimmen, um den Vertrag nicht scheitern zu lassen. Und es soll in diesen Texten, die wir in einer Vorform gesehen haben, erhebliche Änderungen gegeben haben, z. B. bei der Frage, ob wir das Abitur an den Volkshochschulen weiter ablegen können. Dieser Satz soll offenbar gestrichen sein, aber - wie gesagt - uns ist nur telefonisch etwas zugerufen worden. Das ist ein unmögliches Verfahren, wie wir hier heute abstimmen mußten über etwas, das wir nicht genau kannten.

(Beifall, vor allem bei der SPD)

Damit haben Sie die Volksvertreter brüskiert.

Die Zukunft der Fachschulen ist weiterhin ungewiß. An den Berufsschulen herrscht Chaos wegen fehlender verständlicher Informationen über das neue Berufsbildungsrecht und die Richtlinien, nach denen unterrichtet werden soll. Die einjährigen Bildungsgänge für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz werden auf die Berufsausbildung wohl nicht angerechnet. Die Zukunft des Bildungsganges „Berufsausbildung mit Abitur“ wurde nicht gesichert. Die Verlängerung dieser Ausbildung um 1 Jahr änderte nichts daran, daß diese Art Abitur mit den Beschlüssen der Kultusministerkonferenz zur gymnasialen Oberstufe bisher nicht vereinbar ist. Das von der Volkskammer mit großer Mehrheit beschlossene Verfassungsrecht auf Berufsausbildung wurde von Ihnen ansatzweise im Einigungsvertrag vereinbart.

Ich könnte die Liste der Versäumnisse verlängern. Die Bewertung Ihrer Arbeitsergebnisse, Herr Minister, kann ich getrost den Eltern und Pädagogen im Land überlassen. Hätten Sie eine echte Zusammenarbeit mit der Volkskammer, mit den Parteien dieses Hohen Hauses und mit dem Bildungsausschuß gesucht, es hätte dann vielleicht auch für Sie eine Chance gegeben, erfolgreich zu sein. - Ich danke.

(Beifall bei der SPD)

#### **Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Herr Eimer, gestatten Sie eine Anfrage?

(Dr. Eimer, SPD: Ja.)

Bitte schön.

#### **Dr. Kunckel (SPD):**

Herr Eimer, es ist bekannt, daß an unseren Universitäten und Hochschulen der akademische Mittelbau in den vergangenen Jahren sehr oft zur Qualität dieser Hochschulen beigetragen hat. Das Hochschulrahmengesetz sieht unbefristete Assistenten und Oberassistenten nicht vor. Können Sie dazu einen Lösungsvorschlag machen, wie diesen Leuten heute geholfen werden kann? Es sind oft Akademiker, die 40 bis 50 Jahre alt sind. Und eine zweite Frage: Es ist in den letzten Monaten sehr viel, zumindest an einigen Hochschuleinrichtungen, an Mitbestimmungsrecht erkämpft worden. Wie sieht es damit aus?

#### **Dr. Eimer (SPD):**

Wir haben im Ausschuß diese Frage der unbefristeten Stellen an den Hochschulen besprochen. Wir haben gewünscht, daß dies auch weiterhin ermöglicht wird für diese älteren Mitarbeiter. Es war in den Vorlagen zum Hochschulgesetz enthalten. Wir müssen den Minister fragen, ob dies in den Verhandlungen so geblieben ist. Es gibt Befürchtungen, daß das auch mit wegverhandelt